

Recon. Es tröstet sich mit dem „klaren und unzweideutigen Bekenntnis zum Staat und einer bejahenden demokratischen Staatspolitik“ (deutsch: zur Großen Koalition). Mit welchem Recht hat der Verfasser dieses Programms noch auf Marx, den geschworenen Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft und des bürgerlichen Staates berufen, bleibt uns freilich unergründlich.

Aber man kennt dieses Programm noch nicht, wenn man nur merkt, was es ausspricht. Viel wichtiger ist, festzustellen, was die SPD in ihrem heutigen Programm zu verschweigen für notwendig hält. Die theoretische Analyse des Erfurter Programms wird ergänzt durch einige Hilferdingliche Sätze über die Rolle des Finanzkapitals, die der Entwicklung des Kapitalismus in den letzten 30 Jahren Rechnung tragen sollen. Schön — aber es fehlt gerade der entscheidende Punkt: Welche Rolle spielt das Finanzkapital innerhalb der heutigen Bourgeoisie und insbesondere wie verhält es sich zum bürgerlichen Staat? Es heißt: „Mit der Zunahme seines Einflusses benutzt das Finanzkapital die Staatmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete... Dieses imperialistische Machtstreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und mit Kriegsgefahr.“ Aber es wird nicht gesagt, daß dieses Finanzkapital eben der Herrscher des bürgerlichen Staates ist, daß die einzig mögliche bürgerliche Politik heute die Politik des Finanzkapitals ist. Es kann nicht gesagt werden, weil die SPD nicht die Mission zerstreuen kann, auf der sich ihre ganze Koalitionspolitik aufbaut: als ob es neben der sozialdemokratischen, imperialistischen Bourgeoisie noch eine pazifistische und arbeitserfreundliche gäbe.

Und die Koalitionspolitik der SPD, erfordert auch, daß ein Wandel der im Erfurter Programm wegen der damaligen Unentwickeltheit der Verhältnisse noch begründet ist, wiederholt wird. Von der Ausbeutung der Kolonialvölker und vom Verhältnis des Proletariats der „zivilisierten“ Länder zu dieser Ausbeutung und zum Befreiungskampf der Kolonialvölker ist überhaupt nicht die Rede. Daß es diese Dinge heute überhaupt gibt, soll den sozialdemokratischen Arbeitern verulicht werden; denn wenn man die wirklichen Ursachen des Imperialismus anerkennen und zugleich die Unvermeidlichkeit großer revolutionärer Auseinandersetzungen in der ganzen Welt feststellen würde, dann müßte man auch eine Antwort auf eine — vom Standpunkt der SPD, freilich ganz nebensächliche — Frage geben, nämlich die, wie sich das Proletariat der drohenden Katastrophe gegenüber zu verhalten und mit welchen Mitteln es dagegen anzukämpfen hat.

Und hier kommen wir zum entscheidenden Punkt: Im ganzen Programm wird das Wort „Klassenkampf“ sorgfältig vermieden. Es fehlt die klare Feststellung des Erfurter Programms, daß die Entwicklung der Gesellschaft in zwei feindselige Heerlager teilen wird. Es fehlt jede Feststellung, worin der proletarische Befreiungskampf eigentlich besteht und wogegen er sich richtet. Denn bei der ganzen Einstellung der SPD zur Koalitionspolitik weiß man nicht, wer mit der „kapitalistischen Ausbeutung“ gemeint ist: die ganze Bourgeoisie oder nur ihr „rechtes“ Flügel, der der Sozialdemokratie die gewünschten Ministerstellen verweigert. Oder ist etwa das Zusammengehen mit Schwerindustrie und Großagrarern im „Reichsbanner“ eine Form des Klassenkampfes? Aber der stillosen Frage, wie weit selbst dieses verwaschene und schleimige Programm der SPD, mit ihrer Freigabe übereinstimmt, wollen wir heute noch nicht näher treten.

Und ebenso fehlt jede konkrete Stellungnahme zum Schicksal der ausgebeuteten Nichtproletarier. Es heißt zwar wieder, daß der Kampf der Sozialdemokratischen Partei sich „gegen jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung richtet“. Aber es wird nicht gesagt von der Notwendigkeit des Bündnisses des Proletariats mit den anderen unterdrückten Klassen und Völkern. — Es kann nicht gesagt werden, weil damit zugegeben werden müßte, daß dieses Bündnis unvereinbar ist mit einer Politik, die sich der „eigenen“ Bourgeoisie anbietet — bei der Auspressung der Kleinbauern und Mittelständler des eigenen Landes wie bei der Unterdrückung der Kolonialvölker.

Dank der Beamten an die SPD.

Berlin, 5. August. (Eig. Drahtbericht.) Der kommunistischen Reichstagsfraktion ging gestern folgendes Telegramm des Provinzialkartells Berlin des Deutschen Beamtenbundes zu:

„Für entschledenes Eintreten bei Anträgen auf Gehaltserhöhung sagt Provinzialkartell Berlin, Deutscher Beamtenbund, wärmsten Dank. Hoffen, daß bei ebengültiger Verabschiedung in dritter Lesung die durch unerhörte Notlage voll begründete Gehaltserhöhung beschlossen wird.“

„Dieses Danktelegramm des Provinzialkartells des Deutschen Beamtenbundes ist politisch sehr bedeutsam. Wenn eine Organisation, die sich bisher in bürgerlichen Gedanken zugehörig bewegte und von Kommunismus und Kommunisten nichts wissen wollte, der kommunistischen Partei dankt und ihr öffentlich bezeugt, daß die Kommunisten als einzige Partei die Interessen der Beamten vertreten haben, so ist das der beste Beweis dafür, daß die SPD nicht nur politisch-theoretisch, sondern auch im Bewußtsein aller ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung immer mehr als die Partei erscheint, die als einzige Partei die politische Vertretung dieser Schichten und Gruppen ist. Das ist ein untrügliches Zeichen dafür, daß der politische Einfluß der kommunistischen Partei in den breitesten Massen wächst und sich ausbreitet.“

Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß es die Beamten sind, bei denen sich ebenfalls die Erkenntnis Bahn bricht — eine Schicht, die sich bisher dem Kommunismus am unzugänglichsten zeigte.

Dieser Erfolg unserer Aufklärungsarbeit muß allen untern Genossen ein Ansporn sein, unermüdet weiter und noch intensiver zu arbeiten, um alle Ausgebeuteten in einer mächtigen Front um die revolutionäre Fahne des Klassenkampfes, um das Banner der SPD, zu führen.

Die Beamten beim Arbeitsminister

Paris, 6. August. Der Arbeitsminister empfing gestern eine Delegation des Zentralausschusses der streikenden Bauarbeiter. Er erklärte, „alles zu tun, was in seinen Kräften liegt“ um eine Verständigung mit den Arbeitgebern und Ar-

beitnehmern herbeizuführen. Die Delegierten hielten die Forderungen der Streikenden auf Erhöhung des Monatsgehalts um 100 Franken aufrecht.

Amnestieabotage

Die Zollwächter und Steuerräuber arbeiten fleißig, um ihre Gewinne noch vor den Sommerferien des Reichstages unter Dach und Fach zu bringen. Bis zum Montag soll die Zollvorlage verabschiedet sein, und dann können die agrarischen Sendboten und die Vertreter der Schwerindustrie auf Erholungsurlaub gehen. Die Erledigung des Etats und der Amnestievorlage ist und bleibt dabei noch ungewiß. So melden die bürgerlichen Zeitungen und charakterisieren die Lage.

Was gehen die Steuerräuber auch die proletarischen Gesungen an? Was kümmert sie die Amnestie?

Profite, das ist ihre Parole, hinter der alles andere zurücksteht. Zunächst und offen erklären die ehrerwählten Vertreter von der Regierungsmehrheit, daß sie die Amnestievorlage labilieren werden, so lange es nur irgend geht. Denn die Kommunisten, die am härtesten für die Amnestie eintreten, bewilligen nicht die Steuern, stimmen nicht der Zollwächtervorlage zu, sind eben Vertreter der Arbeiterklasse.

Allerdings, so erklären die Bürgerblätter, die Frage der Amnestie hängt ganz anders, wenn die Kommunisten bei der Zollvorlage und bei den Steuern „einschütiger“ wären!

Die Amnestie soll also ein Schacherabjeit sein; dafür, daß die proletarischen Kämpfer freigelassen werden, soll die gesamte Arbeiterklasse mehr hungern, mehr darben, noch mehr verelenden.

Die Herrschaften täuschen sich, wenn sie glauben, daß die proletarischen Gelanenen diesem Schacher zustimmen. Sie tunken sich, wenn sie glauben, daß die kommunistische Opposition ihre Stellung deshalb aufgeben würde.

Sie erreichen eins: Die arbeitenden Massen werden ihren Trud verstärken, um die Absichten der Amnestieabotage zu schänden zu machen!

Aufhebung der Getreide- und Mehlausfuhrverbote

Berlin, 6. August. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus parlamentarischem Kreise mitgeteilt wird, werden die noch bestehenden Ausfuhrverbote für Getreide und Mehl im Laufe der nächsten Woche, ob die Zollvorlage fertiggestellt wird oder nicht, aufgehoben.

Ungeheure Steigerung der Wohnungsmieten

Berlin, den 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Am gestrigen Mittwoch ist im Reichstag die zweite Lesung der Steuererhöhung durchgeheilt worden. Das letzte Steuerstück der Reichsausgleichsgele wird insbesondere durch die Hauszinssteuer eine kolossale Steigerung der Wohnungsmieten zur Folge haben, da dabei die Gemeinden verpflichtet werden, die Miete bis zum 1. April 1925 mindestens auf Friedenshöhe zu treiben.

Nach kurzer einstündiger Behandlung der Lage der aus Polen vertriebenen deutschen Öpanien wollen die Zoll- und Steuerwächter die Wucherzölle durchpeitschen. Die Behandlung der Amnestievorlage wird abichtlich von Tag zu Tag verschleppt.

Die Kapitulation der Bauunternehmer in Berlin

Berlin, 6. August. Bisher haben sich über 300 Baugeschäfte gemungnen gegeben, die Forderungen der Gewerkschaften anzunehmen.

Wiener Bauarbeiter für die deutschen Kollegen

Wien, 5. Aug. (Eig. Drahtber.) Die Wiener revolutionären Bauarbeiter haben den kämpfenden Bauarbeitern Deutschlands ihre Sympathie ausgesprochen.

Die Lohnforderungen der Eisenbahner

Berlin, 5. August. (Telunion.) Von den Eisenbahnergewerkschaften sind der Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahngesellschaft folgende Forderungen überreicht worden: 1. Eine allgemeine Lohnerhöhung um 12 Pennigs die Stunde. 2. Durchgehende Entlohnung für alle Schichtarbeiter. 3. Revision der Lohngruppeninteilung, die im wesentlichen darauf hinausläuft, die Beamten dienst verlebenden Arbeiter in eine höhere Gruppe einzureihen. 4. Revision der Wirtschaftgebiete mit dem Ziel, die Wirtschaftgebiete in den einzelnen Gebieten zu beileigen.

Spießmord in Wien

Wien, den 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Enthüllungen der Wiener „Noten Fahn“ über die Tötung des Fahnenführers im Praterpark haben den reifsten Nachweis erbracht, daß ein Polizeispieß den Zusammenstoß und die Tötung des Fahnenführers verursacht hat. Daraufhin ist die „Noten Fahn“ beschlagnahmt worden. Unterdessen ist die SPD, in den Besitz eines von der Polizei ausgefertigten Protokolls gelangt, in dem der Protokollentwurf jageht, daß er ein von der Polizei gedungener Spieß ist und daß er schon vor vier Monaten sich in die kommunistische Partei eingeschlichen hat, um der Polizei Material über die Partei und Jugend zu liefern.

Doriot unter Anklage

Paris, 5. August. Gegen den kommunistischen Abgeordneten Doriot ist vom Untersuchungsrichter auf Grund des in der „Humanité“ erschienenen Aufrufs an die Soldaten wegen Aufreizung des Militärs zum Ungehorsam Anklage erhoben worden.

Damit hat der Verfolgungsfeldzug gegen die französischen Kommunisten, die die Volksbewegung für den sofortigen Friedensschluß führen, eine neue Etappe erreicht. Die Verfolgung aller Führer soll dieser Anklage folgen.

Macdonald als Hütel der englischen Regierung

London, 5. August. Ramsay Macdonald, der in Dunmow sprach, führte hinsichtlich der Beilegung der Kohlenkrise aus, die ganze Angelegenheit gebe ein deutliches Bild der Methoden, die zuletzt das Vertrauen in die politische Führung erschüttern müßten (!). Die britische Regierung habe Macht, Geltung und Einfluß von Leuten geträgt, die an Lösungen mit den Methoden der Staatstrijon nicht glaubten.

Macdonald bringt mit dieser Erklärung zum Ausdruck, daß er die „nachgiebige“ Haltung der konservativen Regierung gegenüber den Gewerkschaften mißbilligt.

Vom hochföhligen Schwäger Macdonald, dieser Zierde der 2. Internationale, über dessen Eitelkeit und Dummheit sich sogar seine nächsten Parteifreunde lustig machen, ist man schon allerrhand gewöhnt. Von den englischen Arbeitern, auch von denen, die noch an Reformismus glauben, werden seine Sonntagspredigten und Sonntagsgitaneien im „Daily Herald“, die nichts als hohles Geschwätz enthalten, beileibe nicht ernst genommen. Ueber seine Ertralspredigten gegen die „Gewaltmethoden der Kommunisten“ lachen die englischen Arbeiter, die manchen bitteren Anschauungunterricht darüber bekommen haben, was mit der „Gewaltlosigkeit“ zu erreichen ist. Wenn sich aber dieser Hanswurst in dieser Situation, wo die gesamte englische Arbeiterklasse vor neuen ungeheuren Kämpfen steht, wo sie ihre nackte Existenz vor der konzentrierten Offensive des Kapitals verteidigen muß, erhebt, die Führer der englischen Gewerkschaften, die Purcell, Cook und Swales zu begeistern und die konservative Regierung gegen diese Kampf zu machen, so ist das etwas, was bei aller Anerkennung der Stupidität Macdonalds fast ungläublich erscheint. Man bedenke die Situation in England: die gesamte Arbeiterschaft fühlt, daß sie durch ihre Solidarität mit den Bergarbeitern einen ersten Sieg im Kampf gegen Arbeitsverlängerung und Lohnkürzung erfochten hat. Sie fühlt, daß sie diesen Sieg ihrer Geschlossenheit zu verdanken hat, neuen, revolutionären Methoden, die von der Macdonaldclique stets bekämpft wurden. Die gesamte bürgerliche Welt schäumt vor Wut, bereitet sich zu neuen Angriffen vor. Der konservative Innenminister gibt das Stichwort zum Angriff: die linken Gewerkschaftsführer seien „Moskauer Agenten“, von der Sowjetregierung bestochene Subjekte, „Bolschewisten“. Und da steht dieser eitle Clown am und untersteht sich, in das Programhorn der Bourgeoisie gegen die Gewerkschaften zu blasen. Ein wahrer Held der 2. Internationale, für den der Dank des Vaterlandes, der Liebe mit kapitalistischer „Staatsstrijon“ und die Verachtung der englischen Arbeiter nicht ausbleiben wird.

Zu den engl.-französischen Schuldenverhandlungen

Gegenwärtig befindet sich eine französische Finanzmission in London, um ein Abkommen zu treffen über Frankreichs Verschuldung an England.

England drängt aus eigenen wirtschaftlichen und außenpolitischen Räten auf ein rasches Zustandekommen des Garantiepaktes hin und ist vom Wunsche befeelt, dem Garantepakt möglichst politisch und wirtschaftlich ein „englisches“ Gesicht zu geben. Das war ein Hauptgrund für England, heute seinem Schuldner Frankreich geradezu glänzende Bedingungen zu stellen um einem Vorschlag vorläufiger Schuldentilgung Dabei mag nach guter Kapitalistenart der Hintergedanke sein, man werde „bei Gelegenheit“ die glänzende „Krawatte“ zum schon als Strick zum Würgen brauchen können.

Die „Ere nouvelle“, das Leitblatt des Finanzministers Caillaux, hat den Sped getroffen und lehnt eine vorläufige Regelung kategorisch ab. Nach ihrer Meinung kann die internationale Schuldentilgung nur nach folgenden zwei Grundfragen sich geben:

- 1. Eine Schuldernation muß nur Zahlungen leisten nach ihrer Leistungsfähigkeit.
- 2. Die Transfer-Möglichkeiten von Kapitalien von einem Land ins andere müssen berücksichtigt werden.

„Dazuher hinausgehen, ließe den Ruin des Schuldners beschleunigen, womit dem Gläubiger gar nicht gehient wäre. Uebrigens, wenn Deutschland diese Rücksichten genieße, so tut man sie schwerlich Frankreich abschlagen. Es fordert für sich mit Zug und Recht.“

Das ist nichts anderes als der „Schrei nach der De wehrung“, das Blatt Caillaux rechtfertigt ihn mit dem Hinweis auf das Baldwin-Mellon-Abkommen. Es polemisiert gegen den englischen Standpunkt, wonach Englands kontinentaler Schuldner genau so viel jährlich an England zu zahlen hätte, wie England jährlich an Amerika zahlen muß. Nach den Berechnungen des Staates hätte Frankreich jährlich zu zahlen 20 Millionen Pfund an England. Zusammen also genau so viel wie England selber an Amerika leisten muß. „Wenn das englische Schachamt für England eine solche Last erdulden findet, wird eine gleich große Last für Frankreich denn nicht leicht sein?“ fragt die „Ere nouvelle“ erbittert.

Der Artikel schließt mit dem Hinweis, daß die französischen Finanzkreise die Verhandlungen in London äußerst gespannt verfolgen, da davon die Wiederaufrichtung des Finanzsystems und die Stabilisierung des Franken abhängen und auch die „unlere ganze und vollständige Handlungsfreiheit in Politik und Diplomatie“.

Die Eingeborenenkämme für Abd el Krim

Paris, 6. August. (Telunion.) Aus Tanger wird gemeldet, daß Abd el Krim einen starken moralischen Erfolg erlangt hat. In einer Zusammenkunft versicherten ihm die Vertreter der Stämme der Soulanas, Djeballas und Anbicheras, daß sie seine Autorität anerkennen und sich bereit erklären, den Kampf gegen Frankreich und Spanien unermüdet aufzunehmen.

Englische Kriegsschiffe nach Marokko unterwegs?

Paris, 6. August. (Telunion.) Es wird gemeldet, daß zwei englische Kriegsschiffe von Malta nach Marokko unterwegs sind, um die dortigen Operationen zu „beobachten“.

Meuterei befarabischer Soldaten

Scharlow, Aus Odessa wird gemeldet, daß in einem rumänischen Truppenteil an der rumänisch-russischen Grenze eine Meuterei ausgebrochen sei. Die meuternden Soldaten, bulgarische Bauern moldawianischer Abstammung, die infolge der rumänischen Befehlsgelastarung zum Heeresdienst in rumänischen Truppenteilen gedrängt worden seien, hätten einen Leutnant und einen Unteroffizier erschossen, wären aber dann von herbeigeholten rumänischen Soldaten gefangen genommen worden. Nach dem Bericht herrscht an der rumänischen Grenze große Unruhe, die rumänischen Grenzwachter sollen seit mehreren Tagen die Filder aus dem Sowjetgebiet durch Gewehrfeuer daran hindern, auf dem Grenzfluß Dniestr ihrem Beruf nachzugehen.

Höllein spricht Sonntag den 9. August, früh 1/2 10 Uhr **Steuerraub** in der Reichstrone, Bischofsweg, gegen **u. Zollwucher** Arbeiter, demonstriert durch Massenaufmarsch!